Berichte und Notizen.

I. Die N. E. A. in Los Angeles.

Von **Paul Gerisch,** *Milwaukee, Wis.*

III.

Wir gehen nunmehr zur Berichterstattung über die Hauptversammlungen über, die, wie bereits eingangs gesagt, in Hazard's Pavillon, der mit südlichen Pflanzen und allerlei japanisch-chinesischem Schnickschnack festlich geschmückt worden war, abgehalten wurden. Neben dem Sternenbanner wehte diesmal der Stern von Cuba, und auch die Flagge Hawaiis hatte man nicht vergessen. Die erste Hauptversammlung fand am Dienstag, den 11. Juli, nachmittags 3 Uhr, statt. Nach den üblichen Bewillkommnungs-Addressen, in denen die Schönheit der holden Versammlung die Redner fast noch mehr begeisterte als die Berge und die Sonne Kaliforniens, verlas der Präsident der N. E. A., E. O. Lyte, seinen Jahresbericht.

Lyte erwähnt, dass die N. E. A. zum ersten Male im Jahre 1870 in Cleveland, O., so genannt wurde. Vorher hiess die Vereinigung die "National Teachers' Association", die im Jahre 1857 in Philadelphia mit 38 Mitgliedern ins Leben getreten war. Die N. Teachers' A. hielt ihre erste ,agung 1858 in Cincinnati ab, und bei der Eröffnungsversammlung waren fünf Mitglieder anwesend, aber die Zahl stieg in der Folge auf 75. Das stete Wachsen des Vereines zeigt sich am besten, wenn man diese Zahl mit den 10,000 Besuchern bei der letztjährigen Washingtoner Konvention vergleicht. Die erste Konstitution des Vereins verfügt, dass jeder als Lehrer thätige Mann Mitglied werden kann, dass lehrende Frauen aber nur als „Ehrenmitglieder“ zulässig sind und irgendwelche Meinungen schriftlich vorzubringen haben, welche dann vom Sekretär oder einem anderen regelmässigen männlichen Mitgliede verlesen werden. „In der Konstitution der N. E. A. von heute giebt es keinen Geschlechtsunterschied mehr.“ So sagte Lyte.

Nachdem der Präsident des Längeren über die Ziele und den Einfluss der englisch-amerikanischen Lehrervereinigung gesprochen hatte, betonte er die Notwendigkeit der Gründung von Fortbildungsschulen für solche, denen die Mittel fehlen, höhere Bildungsanstalten zu besuchen. Der weitere Verlauf seiner Adresse muss edles Manna für die Expansionisten unter den Lehrern gewesen sein. Wir brauchen nur wenige Sätze herauszugreifen: „Unser Horizont wird grösser. Das Problem, die Segnungen unserer öffentlichen Institutionen den Inseln jenseit des Meeres zuteil werden zu lassen, muss, teilweise wenigstens, von den Männern und Frauen dieser Vereinigung gelöst werden. Seit der letzten Versammlung in Washington ist es klar geworden, dass die grossen grundlegenden Einflüsse, die diese Nation zur freiesten und grösten auf dem ganzen Erdenrund gemacht haben, nicht länger mehr begrenzt werden von dem Sand der See und den Wogen, die gege unsere Ufer schlagen. ‚So weit darfst du gehen, und nicht weiter!‘ gilt nicht für den Lehrer. Die Hand des Schicksals zeigt heute den Weg über das Meer so unabweisbar, als sie vor vier Jahrhunderten Columbus die Strasse wies.“

Mit dieser Begrüssungsadresse des Präsidenten Lyte und mit der Ernennung eines Komitees für Resolutionen war die Konvention der N. E. A. so recht eigentlich eröffnet worden. Aber erst abends acht Uhr begann die erste Flut von Vorträgen über die Versammlung hereinzubrechen. Und zwar wurden

die Schleusen durch den Kommissär des Erziehungswesens der Ver. St., Prof. Dr. W. T. Harris, geöffnet. Dr. Harris entwickelte in seiner Rede einen Schul- und Bildungsplan für unsere neuen kolonialen Besitzungen.

Er führte aus, dass jede Nation ihren eigenen Weg gegangen sei, um eroberte Länder zu regieren. Gewöhnlich seien die Gesetze, Sitten und Gewohnheiten der unterworfenen Völker unangetastet geblieben. Alexander der Grosse habe griechische Kultur und Wissenschaft im westlichen Asien und in Aegypten verbreitet. Die Römer seien durchgreifender verfahren; sie hätten den unterjochten Völkern nicht nur ihre staatlichen Einrichtungen, sondern auch ihre Religion aufgedrängt. Sie hätten die Götter der Besiegten nach Rom geschleppt und ihnen im Pantheon einen Platz angewiesen. Um diese Götter, die sie scheinbar verlassen, zu versöhnen, seien die Provinzen genötigt gewesen, ihre Priester nach Rom zu schicken. So habe sich Rom, indem es sich zum Beschützer der fremden Götter aufspielte, die Loyalität der Provinzen gesichert. Durch die Massnahme, die durch Konskription zu Soldaten gemachten jungen Männer der besiegten Völker in allen Teilen der Welt Kriegsdienste verrichten zu lassen, habe Rom die Loyalität seiner Provinzen noch verstärkt; ferner auch dadurch, dass die eroberten Länder der römischen Gerichtsbarkeit unterstellt worden seien. Die Römer hätten der Welt ein Bewusstsein von dem Recht auf Privatbesitz, und von dem Recht, dass jeder Einzelne den Schutz der Gerichte anrufen dürfe, gelehrt, aber ihr auch gezeigt, dass es die Pflicht jedes Bürgers sei, den Staat, wenn notwendig, mit seinem Leben zu beschützen.

Alle Nationen hätten versucht, aus den von ihnen abhängigen Völkern durch Steuerauflagen eine Einnahmequelle zu machen. Es sei billig, dass solche abhängigen Völker beisteuerten, die Ausgaben einer gerechten Verwaltung zu bestreiten und die Institutionen, die zum Wohle des Volkes gegründet wurden, zu unterhalten. Heute noch würden, wie zu Zeiten der Römer, die Kolonieen der grossen Nationen in die römische Gerichtsbarkeit eingeführt, aber mit allen Abänderungen, welche die moderne Zivilisation ihr aufgedrückt. Die Früchte der Wissenschaft und der Industrie würden den Kolonisten gewährt. Es mache sich in Wirklichkeit ein ganz selbstloses Bestreben geltend, jene minderwertigen Völker auf eine Stufe der Zivilisation zu heben, auf welcher sie der Nahrung, Wohnung und Kleidung der höher stehenden Menschenrassen teilhaftig würden.

Den Vereinigten Staaten, die freie und gleiche Rechte für alle Menschen predigten, allein gezieme es, einen Schritt weiter zu gehen. Man erwarte von unserer Nation eine grössere Selbstlosigkeit, eine ausgedehntere Regierung des Volkes für das Volk.

Die Opposition habe sich gegen Imperialismus ausgesprochen, weil die Bewohner des neu gewonnenen Territoriums nicht reif seien, sich selbst zu regieren. Aber würden denn die amerikanischen Städte dem Abschaum ihrer Einwohnerschaft das Stimmrecht lassen, wenn sie den Besitz dieser Gerechtsame nicht als erzieherisches Element betrachteten? Eine Beschränkung des Stimmrechtes würde ein gesellschaftliches Hindernis schaffen, das den Fortschritt aufhalten und die verderblichsten Folgen haben würde.

Bei der jetzigen Weltlage der Dinge sei Expansion unvermeidlich. Afrika sei bereits verteilt; in wenigen Monaten schon würde China unter die grossen europäischen Nationen verteilt werden, und wir Amerikaner würden dann das Nachsehen haben. Sei es da nicht unsere Pflicht, bei der Verteilung der Welt mit zuzugreifen und zu zeigen, dass wir niedrige Rassen nur um ihrer selbst willen bevormunden wollen, nur um sie der Selbstregierung entgegenzuführen? Wir müssten dabei so viele Kolonieen auf unsere Schultern nehmen, als immer uns zufallen würden.

Dr. Harris gab alsdann eine Definition des Begriges Zivilization

um daran zu zeigen, dass die Bewohner der Philippinen, von Porto Rico, etc., nicht zu den zivilisierten Völkern zu rechnen sind. „Wenn die Hälfte der Bewohner eines Landes zu Illiteraten aufwächst, und unfähig ist, aus Büchern und der Erfahrung der Rasse Nutzen zu ziehen, so muss jenes Land sicherlich unter einem anderen Lande stehen, das nur 25% Illiteraten aufweist." — „Ein Land, dessen Bewohner durchschnittlich 20 Cents verdienen, steht sicherlich unter einem andern Lande, dessen Bewohner, soweit die Herrschaft über die Kräfte der Natur in Betracht kommt, 30 und 40 und 50 Cents täglich verdienen." — „Die Zivilisation eines Volks*stammes* ist immer gering, wenn man sie mit der Zivilisation Englands, Deutschlands, oder Frankreichs vergleicht. Kein Volksstamm wird jemals eine nutzenbringende Herrschaft über die Schätze der Erde und die Kräfte der Natur ausüben lernen. Denn ein Stamm ist für diese Arbeit zu wenig zahlreich." — „Ein Volk, das Eisenbahnen, Dampfmaschinen, Druckerpressen und Bücher hat, steht auf einer höheren Zivilisation, als ein Volk, das diese Dinge nicht besitzt." —

Die Errungenschaften der Rasse müssten allen Menschen zugute kommen. Das höchste Ideal der Zivilisation sei, dass die untersten Klassen emporgehoben und zur Selbstthätigkeit erzogen würden. Man mache der amerikanischen Zivilisation den Vorwurf, dass sie sich zu sehr mit dem Geldverdienen befasse und nur nach materiellen Erfolgen strebe und deshalb geringer anzuschlagen sei als die Zivilisation eines Philippinenstammes. Aber die geistige Grösse eines Volkes baue sich nur auf dem materiellen Wohlstand auf. In England hätten 30 aus je 100 Familien ein jährliches Einkommen von mehr als $1000, in Italien nur drei aus je 100. Wenn wir jedoch mit den niedrigeren Menschenrassen nicht in Berührung kommen könnten, ohne sie auszurotten, dann ständen wir trotzdem auf einer sehr niedrigen Kulturstufe. Aus alledem kommt nun Dr. Harris zu dem Schluss, dass es die Pflicht der Vereinigten Staaten ist, die Last der Erziehung der Bewohner unserer neuen Besitzungen auf die Schultern zu nehmen. Er macht folgende praktische Vorschläge:

„Die Verwaltung der Inseln Cuba und Porto Rico liegt ohne Zweifel noch für die nächste Zukunft in den Händen eines Militärgouverneurs. Letzterer ernennt für jeden Distrikt einen Marschall. Die Marschälle versuchen mit Hülfe der prominentesten Bürger Schulen und Geschäfte wieder in Gang zu bringen. Durch milden Druck werden diese Männer imstande sein, die alten Schulen wieder zu öffnen und da neue zu gründen, wo sie notwendig sind.

„Die Vereinigten Staaten sollten auf jede Insel einen fähigen Oberschuldirektor mit einem Stab von tüchtigen Assistenten setzen. Wir sollten den Inseln die Wohlthaten dessen, was wir betreffs der Verwaltung von Schulen in manchen Generationen gelernt haben, zugute kommen lassen. Die Kosten sollten die Inseln tragen. Es dürfte nicht weise sein, die Verwaltung der Schulen in den Händen der Eingeborenen zu belassen, da auf diese Weise keine Besserung erzielt werden könne.

„Die auf den Inseln Geborenen sollten Unterricht in der englischen Sprache erhalten. Grosse Sorgfalt sollte bei der Ausführung dieses Planes obwalten. Nur solche Lehrer des Englischen sollten ernannt werden, die auch das Spanische gründlich verstehen. Jede Schule sollte von einem solchen Lehrer einmal die Woche besucht werden. Der Lehrer giebt eine Musterlektion in englischer Sprache, und diese wird dann jeden Tag eine Stunde lang wiederholt. Mehr Zeit sollte auf den englischen Sprachunterricht nicht verwandt werden, sonst dürfte das Volk Verdacht schöpfen, dass unsere Regierung das Englische an die Stelle des Spanischen setzen wolle, und ernste Verwickelungen würden folgen."

Mit dem Hinweis, dass eventuell auch Industrieschulen in jeder Stadt und in jedem Dorfe auf den Inseln errichtet werden sollten, führte Dr. Harris seinen Vortrag zu Ende.

Harry S. Townsend, der General-Inspektor der Schulen auf der Insel Hawaii, war der zweite Redner des Abends. Sein Thema war: „Die erzieherischen Probleme in Hawaii". Man gewinnt den Eindruck, als wenn Herr Townsend nicht aus eigenen Impulsen die siebentägige Seereise unternommen; er giebt sich wenig Mühe, sein Bild der erzieherischen Probleme in Hawaii in warmen Farben zu malen.

„Verschiedene Rassen und verschiedene Länder," sagte der Redner, „haben ihre besonderen erzieherischen Probleme. Wenn sich in einem Lande verschiedene Rassen, verschiedene Ideen und verschiedene Ideale mischen, dann wird das Problem besonders verwickelt. Auf den ersten Blick scheint es dem Uneingeweihten, dass in einem so kleinen Lande wie Hawaii, wie heterogen die erwachsene Bevölkerung auch sein mag, die Kinder unter dem Einfluss einer homogenen Umgebung auch rasch der Homogenität sich nähern. Aber die Umgebung der Kinder Hawaiis ist ausserordentlich mannigfaltig, obgleich das nicht so scheint. Man darf nicht vergessen, dass es zwei Arten von Umgebung giebt, eine physische und eine geistige, eine Umgebung von Dingen und eine von Menschen. Die geistige Umgebung zeitigt am schnellsten Resultate. Die physische Umgebung der Kinder Hawaiis ist im allgemeinen homogen, aber die geistige Umgebung ist das gerade Gegenteil. Von allen Einflüssen, ob physisch oder geistig, ist der Einfluss, den die Familie auf das Kind ausübt, der mächtigste; und das Familienleben in Hawaii ist ganz besonders vielgestaltig. Die Religion zu Hause und ausserhalb des Hauses übt den mächtigsten Einfluss auf die geistige Umgebung des Kindes aus: und in Hawaii stehen der Buddhistentempel und die Christenkirche auf derselben Strasse!

„Zudem sitzen die Rassenunterschiede in Hawaii sehr tief und hängen nicht einmal von der gegenwärtigen Umgebung ab. Bei jedem Schritt stehen wir auf dieser Insel einer Rassenfrage gegenüber. Anfangs glaubte ich, dass die zukünftige Bevölkerung Hawaiis aus Polynesiern, Asiaten und Weissen in ungefähr gleicher Zahl bestehen würde. Aber seitdem hat die japanische Einwanderung so zugenommen, dass, wenn der Zuzug jetzt aufhörte, die nächste Generation zur Hälfte asiatischen Ursprungs sein wird."

Der Redner erwähnte hierauf, wie bei einer Rassenfrage auch die Qualität der Rasse in Anschlag zu bringen sei. Die weisse Rasse sei aktiv, stark individuell, der Hawaiianer sei extrem passiv und habe nie danach verlangt, Anteil an seiner Regierung zu haben. In mancher Beziehung sei das Problem in Hawaii dasselbe, weswegen unsere Brüder im Süden schon mit so viel Mut und so wenig Erfolg gekämpft hätten.

Die Gemeinsamkeit der Sprache sei als ein Mittel gepriesen worden, um das Rassenproblem zu lösen. Allen die englische Sprache zu lehren, würde allerdings eine äusserst einfache Lösung der Frage sein, und das hätte noch den Vorteil, dass man zu diesem Zwecke die Arbeit der Schule ganz definitiv fortsetzen könne. Aber der gebildete Irländer von heute sei mehr irisch in allem andern als in der Sprache; er spräche zwar kein Keltisch mehr, aber er denke und empfinde und handle wie ein Irländer. Das französische Blut würde sich in dem gallischen Temperament der Amerikaner französischer Abkunft wiedererkennen lassen, lange nachdem die letzte Spur der fremden Sprache verloren gegangen sei. Die Despotieen Europas urteilten sehr oberflächlich, wenn sie den politischen Geist durch die Unterdrückung des Polnischen zu ersticken glaubten. Eine englische Erziehung biete nur einen kleinen Teil zur Lösung des grossen Problems dar. Vielmehr sei die Hauptaufgabe die, eine wahrhaft christliche Zivilisation aufzurichten. Selbst die Amerikaner seien noch nicht im stande gewesen, eine Zivilisation zu entwickeln, die gross und christlich genug sei, um den weissen und den roten Mann zu beglücken. Es möge ja

ganz gut sein, auf der Rednertribüne in der Hitze der Debatte die Behauptung aufzustellen, irgend ein Volk, auf das wir unsere Institutionen ausdehnten, könne sich glücklich schätzen, aber den Mann, der sich dessen rühme, müsse man verdächtigen, dass er sich besser darauf verstehe, Stimmen zu fangen, als Geschichte auszulegen.

Weil die Inkas und Azteken die gebildetsten Völker der westlichen Halbkugel bei der Entdeckung Amerikas waren, glaubt der Redner, dürften wir dem Klima nicht die Schuld geben, wenn es uns nicht gelänge, in den Tropen die zivilisatorischen Probleme zu lösen. Soweit nun die Schulerziehung in Betracht komme, sei die Aufgabe die: teilzunehmen an der Entwickelung einer Zivilisation, welche für das Gedeihen und die Zufriedenheit des Volkes notwendig sei und die Individuen Rechte und Pflichen lehre. Nach dem letzten Zensus von 1896 seien nur fünf Prozent der Bewohner englischer Abkunft, und aus dieser Thatsache liesse sich ersehen, welche Riesenaufgabe es sei, die Einsprachigkeit einzuführen.

„Eine absolute Lösung unseres Problemes ist nicht zu erhoffen, bis unsere Brüder in einem anderen Teile der Welt ihr Problem gelöst haben werden," sagte Herr Townsend zum Schlusse.

II. Korrespondenzen.

Preussen.

Die preussische Volksschule und ihre Lehrer im Jahre 1899.

(Allgemeines. Reliktengesetz. Militärdienst. Leutenot. Züchtigungserlass. Rücktritt Dr. Bosses.

Die beiden letzten Jahre des nun zu Ende gegangenen Jahrhunderts haben sich bei den preussischen Volksschullehrern ein gutes Andenken gesichert. Brachten sie doch endlich — wenn auch nicht allen Wünschen und Erwartungen entsprechend — die Sicherstellung der Lehrer selbst und die ihrer Hintebliebenen durch das Besoldungsgesetz vom 1. April 1898 und das Reliktengesetz vom 4. Dezember 1899. Die Zuerkennung der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst an die Seminarabiturienten, welche am 1. Januar 1900 als gesetzliche Verpflichtung in Kraft tritt, ist ein weiterer Schritt zur Beseitigung unserer Sonderstellung unter den Beamten. Aber auch an unerfreulichen Ereignissen fehlte es im abgelaufenen Jahr nicht. Dafür sorgten die Herren Agrarier gelegentlich der Leutenot - Debatte im preussischen Abgeordnetenhause. Der bereits in No. 1 der „Pädagogischen Monatshefte" besprochene Erlass über das Züchtigungsrecht vom 1. Mai 1899 gehört trotz der abschwächenden und beschwichtigenden Verfügung vom 27. Juli v. J. ebenfalls hierher und schliesslich noch der Abgang des Kultusministers Dr. Bosse, welchem die preussischen Volksschullehrer die wärmste Vertretung ihrer Interessen bei den obengenannten beiden gesetzlichen Massnahmen verdanken.

Das Reliktengesetz behandelt die Volksschullehrer gleichartig den anderen Beamtenkategorien. Dieses Prinzip ist nun schon mehrfach Gesetz geworden, so hinsichtlich der Besoldung, Pensionierung, militärische Ausbildung der Lehrer und der Sicherstellung ihrer Hinterbliebenen. Das ist ideell von grösstem Werte. Mit Hilfe der nun gewonnenen gesetzlichen Grundlage muss es noch der gegenwärtigen Lehrergeneration gelingen, weitere vorhandene Unterschiede zu beseitigen. Das Reliktengesetz gewährt der Lehrerwitwe zwei Fünftel der dem Manne am Tage seines Todes eventuell zustehenden Pension, jeder Halbwaise ein Fünftel, jeder Vollweise aber ein Drittel der Pension der Mutter. Ein Beispiel möge erläutern. In den Städten mit 10,—20,000 Einwohnern werden den Volksschullehrern nach zurückgelegtem 10. und bis zum 40. Dienstjahre Gehälter etwa in der Höhe von 1700 bis 2900 Mark gezahlt. Das ergiebt bei eintretender Pensionierung Ruhegehälter in Höhe von 425 bis 2175 M. und Witwenpensionen von 216 bis 870 M., zuzüglich der Waisengelder, während bisher 250 M. Witwenpension und Waisengelder gezahlt wurden. In den grösseren Städten erhöhen sich, in den kleineren Städten und auf dem Lande verringern sich mit den Gehältern auch die Pensionen. Den augenfälligen Vorteilen, welche das Gesetz den Hinterbliebenen von Lehrern, — insbesondere denen älterer Lehrer, — bringt, stehen allerdings auch Nachteile gegenüber, von welchen ich als die hervortretendsten die Herabsetzung des Mindestsatzes der Witwenpension von 250 M. auf 216 M., das